

Wir brauchen kein globales Klimaziel

Das Ziel, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, lässt sich kaum halten. Statt immer neuer Vorgaben sollten wir lieber konkrete Maßnahmen beschließen.

Oliver Geden

Knapp einen Monat nach dem enttäuschenden Nachhaltigkeitsgipfel von Rio treffen sich in dieser Woche 35 Umweltminister zum Petersberger Klimadialog, um den nächsten Weltklimagipfel vorzubereiten.

Im Mittelpunkt werden dabei nicht nur die Pläne für ein neues Klimaabkommen stehen, das bis 2015 verhandelt und ab 2020 umgesetzt werden soll. Ganz oben steht die "Ambitionslucke zwischen den bisherigen Klimazielen und einem Zwei-Grad-kompatiblen Emissionspfad". Denn die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der internationalen Klimapolitik zeigt sich nirgends stärker als beim Ziel, den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Obwohl dieses Ziel von über 190 Staaten vereinbart wurde, bleiben entsprechende Maßnahmenpakete aus. Die Emissionen steigen weiter an. Folgt man der Klimaforschung, so lässt sich die Zwei-Grad-Obergrenze nur dann einhalten, wenn der globale Emissionsgipfelpunkt schon bald überwunden wird. Im Jahr 2020 müsste der Ausstoß an Treibhausgasen dann bereits um 15 Prozent niedriger ausfallen als noch 2010.

Wenn das Zwei-Grad-Ziel noch ernsthaft verfolgt werden soll, dann wird die Frage, ob ein Weltklimavertrag 2020 in Kraft treten kann, nicht entscheidend sein. Weitaus wichtiger ist konkretes klimapolitisches Handeln, sind messbare Emissionsreduktionen noch in dieser Dekade. Sollte eine Trendwende bei den globalen Emissionen nicht gelingen - und davon ist gegenwärtig wohl auszugehen -, dann wird sich schon bald die Frage nach einer Anpassung des Ziels stellen.

Für die europäische Klimapolitik steht dabei viel auf dem Spiel. Nicht nur, weil die EU diese Zielformel einst auf Uno-Ebene durchgesetzt hat, sondern vor allem deshalb, weil sich die langfristigen Reduktionsvorgaben der EU und Deutschlands direkt aus dem Zwei-Grad-Ziel ableiten. Wird das globale Klimaziel explizit abgeschwächt, dürfte auch der Minderungskorridor für die Treibhausgase von 80 bis 95 Prozent bis 2050 (gegenüber Stand 1990) unter Druck geraten.

Bei einer unumgänglichen Modifikation des Zwei-Grad-Ziels wird die EU es bevorzugen, wenn das Ziel lediglich neu interpretiert würde. Auf die Kriterien, nach denen Klimaökonomien die Erreichbarkeit des Zwei-Grad-Ziels bestimmen, hat die Politik zwar keinen Einfluss. Aber sie wird darauf hoffen, dass die klimawissenschaftliche Politikberatung bei der Bestimmung des letztmöglichen Emissionsgipfelpunkts ein wenig Flexibilität zeigt - keineswegs zum ersten Mal.

Am wahrscheinlichsten ist jedoch, dass die Klimapolitik die Zwei-Grad-Marke nicht länger als feste Obergrenze interpretiert, sondern nur noch als langfristige Orientierungsmarke. Ein Überschreiten wäre grundsätzlich erlaubt, in welcher Höhe und für welchen Zeitraum, das bliebe letztlich den Klimaverhandlern überlassen. Ein definitives Scheitern am Zwei-Grad-

Ziel wäre in dieser Variante kaum möglich, denn langfristig bliebe der angestrebte Zustand stets noch erreichbar - ähnlich wie beim 0,7-Prozent-Ziel in der Entwicklungshilfe.

Mit beiden Varianten einer Neuinterpretation könnte ein Scheitern der Klimapolitik zwar vermieden und Zeit für die Uno-Verhandlungen gewonnen werden. Eine Beschleunigung klimapolitischer Maßnahmen dürfte davon aber nicht ausgehen. Die EU wird daher auch eine tiefgreifende Revision des Zwei-Grad-Ziels erwägen müssen, zumal dies von den USA, China und Indien favorisiert werden dürfte.

Die naheliegende Variante, eine neue Obergrenze von 2,5 oder drei Grad, ließe sich der europäischen Öffentlichkeit kaum vermitteln. Ein solcher Schritt wäre nicht nur als Abschwächung der klimapolitischen Ambitionen erkennbar. Es bliebe auch fraglich, ob die Staatengemeinschaft die neue Obergrenze im zweiten Anlauf auch ernst nähme.

Deshalb sollte die EU auch eine vierte Option nicht außer Acht lassen, den Verzicht auf ein exaktes globales Klimaziel. Auf Uno-Ebene lediglich eine Vision wie Klimaneutralität zu verankern würde die Aufmerksamkeit unmittelbar auf die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und die dabei realisierten Emissionsminderungen lenken. Nicht das Warten auf den perfekten globalen Klimavertrag stünde im Zentrum, sondern messbares Handeln. Innerhalb der EU wäre auszuloten, welches Maß an volkswirtschaftlicher Transformation auch im Alleingang möglich ist. Zur Erweiterung ihrer Handlungsspielräume sollten sich die Europäer dann, wie von Bundesumweltminister Altmaier nach Rio angedeutet, um belastbare Koalitionen der Willigen bemühen.

Die Klimapolitik wird immer weniger von Großkonferenzen und Steuerungsoptimismus geprägt sein, sondern von einer Vielzahl pragmatischer Lösungen und kleineren Verhandlungsarenen. Nur wenn die EU mit einer ehrgeizigen, aber zugleich realistischen Klimapolitik ökonomisch erfolgreich ist, wird sie andere Länder von den Vorzügen einer "green economy" überzeugen können.

*Der Autor ist Experte für EU-Klimapolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.
gastautor@handelsblatt.com*